



Österreich soll auch in der Verfassung die Fahnen für Südtirol schwingen. Im Dezember könnte es einen gemeinsamen Antrag geben. Foto: Murauer

„Schutzmacht für Südtirol kommt in die Verfassung“

ÖVP-Südtirolsprecher NR Hermann Gahr kündigt gemeinsamen Antrag im Nationalrat an. Spitzel-Untersuchungsausschuss macht für ihn keinen Sinn mehr.

■ PETER NINDLER

Innsbruck – Die Südtirol-Thematik hat das Gedenkjahr 2009 dominiert. Zuletzt wurde ein Antrag der Freiheitlichen auf Verankerung der österreichischen Schutzmachtfunktion für Südtirol in der Verfassung abgelehnt. ÖVP-Südtirolsprecher NR Hermann Gahr bezeichnet die Vorgangsweise der Freiheitlichen als „parteitaktische Überrumpelung“. Die Absicht selbst soll jetzt in einen neuen Antrag gegossen werden. Denn bereits 2006 gab es einen Beschluss von SPÖ, ÖVP, BZÖ und FPÖ auf Verankerung der Schutzmacht in der Präambel der Verfassung.

Doch umgesetzt wurde dieser Beschluss noch nicht.

Antrag bis Dezember

Für Gahr ist „die Verankerung jedoch ein Gebot der Stunde“. Schließlich liegt nach wie vor eine Petition von Südtiroler Schützen sowie von Bürgermeistern und Vizebürgermeistern aus 113 Südtiroler Gemeinden vor. Der VP-Südtirolsprecher kündigt jetzt an, „dass bis Dezember ein gemeinsamer Antrag im Parlament auf dem Tisch liegen wird“. Die Schutzmacht Österreichs gehöre in die Verfassung.

Möglichen Protesten aus Rom sieht Hermann Gahr gelassen entgegen. „Hier geht es

um das Bekenntnis zu einer ohnehin seit Jahrzehnten praktizierten



Gahr kritisiert Spitzel-U-Ausschuss.

Foto: ÖVP

politischen Vorgehensweise Österreichs.“ Eine Provokation sei dies sicher nicht, „vielmehr sind die faschistischen Relikte und Denkmäler in Südtirol eine Provokation für die Bevölkerung. Aber diese

lässt Rom nach wie vor zu.“

Gahr ist auch Mitglied der ÖVP im Spitzelausschuss. Er plädiert für sein Ende. Der Ausschuss wird lediglich als Showbühne verwendet.“

U-Ausschuss beenden

Außerdem kritisiert Gahr, dass durch den U-Ausschuss die Staatsanwälte massiv in Misskredit gebracht würden. Die Staatsanwaltschaften würden insgesamt gute Arbeit leisten. Wenn in den nächsten beiden Sitzungen nichts mehr rauskommt, „ist der Ausschuss rasch zu beenden“, fordert Gahr.